

FDP Eppstein

ULTRANET: ORTSBEGEHUNG MIT BETTINA STARK-WATZINGER (MDB) UND STEPHANIE MÜLLER

03.08.2018

Die Freien Demokraten fordern, dass es keine Realisierung des HGÜ-Stromnetzvorhabens „Ultranet“ zu Lasten der Einwohner im Main-Taunus-Kreis geben darf und lehnen deswegen die derzeitige Planung des Ausbauvorhabens der Firma Amprion GmbH ab.

Bundestagsabgeordnete **Bettina Stark-Watzinger** und Landtagskandidatin **Stephanie Müller** werden sich deswegen anlässlich der am 20. August 2018 ablaufenden Frist für das Beteiligungsverfahren zum Abschnitt D (Weißenthurm – Riedstadt) vor Ort über die Anliegen der Anwohner im Main-Taunus-Kreis informieren und treffen sich hierfür am

7. August 2018 um 11.30h in Eppstein-Bremthal

(Treffpunkt: Kreuzung der Straßen Hessenring und Valterweg)

mit der BI Ultranet Niedernhausen Eppstein. Hierbei werden sie sich vor Ort ein Bild von der derzeitigen Trassenführung machen und sich von der BI über deren aktuellen Aktivitäten berichten lassen. Die Presse ist herzlich eingeladen, an dem Termin teilzunehmen.

Die Position der Freien Demokraten:

Die Freien Demokraten haben sich bereits auf ihrer letzten Kreismitgliederversammlung gegen die derzeitige Planung von ULTRANET ausgesprochen und verlangen hinsichtlich der Abstandsregelungen eine Gleichbehandlung der in Deutschland von HGÜ-Vorhaben betroffenen Bürger. Dass die bayrische Landesregierung – im Gegensatz zur hessischen

Landesregierung - für die nach Bayern führenden HGÜ-Leitungen politisch einen Erdkabelvorrang durchsetzen konnte, beweist eine schwache



Interessenswahrnehmung der hiesigen Landesregierung. Die FDP-Main-Taunus fordert die hessische Landesregierung nachdrücklich auf, sich beim HGÜ-Vorhaben endlich vollumfänglich für die Interessen der Einwohner, insbesondere im Main-Taunus-Kreis, einzusetzen.

Sollte eine Erdverkabelung im Main-Taunus-Kreis nicht möglich sein, fordert die FDP-MTK hilfsweise, dass bei einer Realisierung des HGÜ-Vorhaben über Freilandleitungen 400m Abstand zur bestehenden und im Regionalen Flächennutzungsplan vorgesehenen Wohngebieten einzuhalten sind. Dies könnte zum einen durch eine linksrheinische Trassenführung erreicht werden, die durch deutlich weniger dicht besiedelte Gebiete verlaufen würde, oder durch eine Verschwenkung der bestehen Freilandleitungen im Main-Taunus-Kreis.

Die Freien Demokraten fordern die Bundesregierung dazu auf, die gesundheitlichen Auswirkungen des Vorhabens umfassend untersuchen zu lassen, bevor mit der Planung vorangeschritten wird. Die Freien Demokraten fordern nachdrücklich, dass keine vollendeten Tatsachen geschaffen werden, bevor alle gesundheitlichen Bedenken vollumfänglich ausgeschlossen werden können.